

# Marzahn- Hellersdorf

30. Jahrgang / Januar 2020

# links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## 2020 - was wird es bringen?

**D**as neue Jahr fängt wie meistens an mit guten Vorsätzen und Aufgaben. Einige finden, gerade die Politiker müssen mehr zuhören, mehr zu den Menschen gehen. Wenn ich mir die Fotos des letzten Jahres anschau, finde ich viele Bilder mit Petra Pau zusammen von Rundgängen auf Märkten und nicht zuletzt von unserem Geburtstagsfest des Bezirks. Hingehen und Zuhören ist das eine. Aber die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur gute



Besuchermagnete am Kienberg in Marzahn-Hellersdorf: Wolkenhain und Seilbahn. Foto: Rami

Partner. Alle sind dabei, wenn eine spannende Idee entsteht. Schnell sind alle beim Projekte-Entwerfen. Aber nicht alle sind der Meinung, dass dies eine vernünftige Sache ist. Während die einen glauben, absolut richtig zu handeln - sammeln die anderen schon dagegen Unterschriften. Die einen für den Erhalt der alten Straße - die anderen für eine neue. Nehmen wir die dringend benötigten Wohnungen. Politik soll hier vermitteln, Kompromisse suchen. Keine leichte Aufgabe. Jeder kennt jemand, der dringend eine bezahlbare Wohnung sucht. Also Wohnungsbau muss sein. Einwände kommen sofort: „Aber bitte nicht in der eigenen Sichtachse, vor dem eigenen Balkon.“ Auch Spielplätze, Kindertagesstätten, Spielstätten für Musikensembles oder gar Schulen sind keinesfalls so selbstverständlich, wie manche denken. Wenn auf lange leerstehenden Brachen, ungenutzt und ungepflegt, endlich wieder eine Kita entstehen kann, ist das eine feine Sache. Wenn wir hoffentlich 2020 für



Bezirksstadträtin Juliane Witt und Petra Pau (MdB) beim Besuch des Kaulsdorfer Weihnachtsmarktes im Dezember 2019. Foto: privat

auch die letzten leerstehenden Objekte Nutzung, Geld und Umsetzung für die Sanierung finden, ist das dringend nötig. Zuhören ist das eine, die Information über das Machbare das andere. Mir ist wichtig, dass wir die Bürger ganz klar und ehrlich über das Mögliche informieren. Schön wäre es auch, wenn die Nutzer von Infrastruktur und Spielanlagen, von Kultur und Sportplätzen sich FÜR ihre Einrichtungen und den Bedarf engagieren und im Planungsprozess ihre Haltung deutlich machen. Bei all den Themen, die Sie bewegen, ob Wohnungsbau, sichere Wege, gute Einkaufsmöglichkeiten, Raum für Bildung und Kultur, soziale Treffpunkte und gute Beratung, Platz für Sportvereine und Engagement - bei all den Themen werden Sie auch 2020 DIE LINKE an Ihrer Seite haben, das versprechen wir!

JULIANE WITT  
Bezirksstadträtin

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Gewerkschaftswahljahr 2020 / Aus den Siedlungsgebieten / Bauen für das Stadtklima?

**Seite 3:** Petra Pau: Geht es noch irrer? / Aus dem Bezirksvorstand / AfD = unsozial!

**Seite I / Seite II:** BVV-Linksfraktion aktuell:

• Bericht zur BVV im Dezember / • Senat führt Klimavorbehalt ein / • Bauen, Bauen ... und was ist mit den Mieten? / • Wohnungen zurückkaufen / • Nacht der Solidarität

**Seite 4:** Einfach leben / Kulturamt kämpft für Kulturstandorte

**Seite 5:** Zur Person: Matthias Schepler / Gegen das Vergessen

**Seite 6:** Tipps und Termine / Hinten links

[www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

„DIE GEFÄHRLICHSTE ALLER  
WELTANSCHAUUNGEN IST DIE  
WELTANSCHAUUNG DER LEUTE, WELCHE  
DIE WELT NIE ANGESCHAUT HABEN.“

ALEXANDER VON HUMBOLDT

## Gewerkschaftswahljahr 2020

Das Jahr 2020 hält etliche Jubiläen parat. Zuvörderst den 8. Mai, an dem sich in Europa das Ende des 2. Weltkrieges zum 75. Male jährt und den wir Berliner\*innen dieses Mal als Feiertag frei begehen dürfen. Auch unsere bewährte VOLKSSOLIDARITÄT wird 75, und zwar am 17. Oktober. Mit deren Marzahn-Hellersdorfer Ortsverband arbeitet unser erst 15-jähriger DGB-Kreisverband Ost seit Jahren gut zusammen, wohl auch deshalb, weil hier wie da die Altersstruktur der Aktiven ziemlich gleich ist. 2020 wird für die IG Bauen Agrar Umwelt (BAU) mit den Gewerkschaftswahlen ein besonderes Jahr.

In den Ortsverbänden und Fachgruppen sowie Personengruppen (Senioren, Frauen, Junge BAU) und Arbeitskreisen (zum Beispiel Baustellenbetreuung, AGUS, Baupolitik) sind die ehrenamtlichen Vorstände sowie Delegierten zum Bezirksverbandstag Berlin (März 2021) und Mitglieder des Bezirksbeirats für vier Jahre neu zu wählen.

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG BAU tritt im September 2021 zusammen.

Für unseren Marzahn-Hellersdorfer IG BAU-Ortsvorstand suchen wir infolge alters- und krankheits-



Mitglieder des IG-BAU-Ortsvorstandes Marzahn-Hellersdorf.

Foto: B. Lehmann

bedingten Ausscheidens älterer sowie berufsbedingten Weggehens jüngerer Vorstandsmitglieder drei Nachfolger\*innen. Wir tagen öffentlich in der Regel am letzten Dienstag jedes Monats (außer Dezember) um 18.00 Uhr im Restaurant „Zur S-Bahn“ in Kaulsdorf, Heinrich-Grüber-Straße 1. Das Spektrum unserer Aktivitäten reicht vom Info-Stand zur

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Friedrichsfelde am 12. Januar bis zum Weihnachtsskatturnier im Stammlokal „Zur S-Bahn“. Das alljährliche „Mieterforum Marzahn“ ist selbstverständlich unser Part – bereits 2018 und 2019 war der Berliner „Mietendeckel“ unser Thema. Unsere Exkursionen außerhalb und Führungen an besondere Orte innerhalb des Stadtbezirks bieten für unterschiedliche Interessen etwas.

Aktuelle Informationen auf [www.igbau.de](http://www.igbau.de) und deren spezifischen Websites.

BERND-R. LEHMANN  
IG BAU, DGB-KV Ost

## Bauen für das Stadtklima?

Das klingt zunächst widersinnig, denn jeder Quadratmeter, der zusätzlich durch Bauen versiegelt wird, ist einer zu viel. Doch andererseits benötigt man immer mehr Wohnraum, um Wohnbedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Selbst eine heute kaum vorstellbare Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum (die gab es auch im Kapitalismus schon mal, der Berliner „WBS“ ist bis heute ein Überbleibsel solcher Maßnahmen im „sozialen Wohnungsbau“ des alten West-Berlin) würde das Problem auch nicht wirklich lösen.

Die Frage ist, wo baut man und wie baut man unter Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels und des damit verbundenen notwendigen effektiveren Umganges mit natürlichen Ressourcen wie Boden, Luft, Wasser, Baustoffen, Energie etc.

Dabei gibt es sogar bauliche Maßnahmen, durch die das Stadtklima stabilisiert bzw. sogar verbessert, die natürliche Artenvielfalt der Flora und Fauna gesichert werden kann. Dabei gibt es durchaus Ziel- und Realisierungskonflikte zwischen verschiedenen, gegebenenfalls konkurrierenden Maßnahmen wie der Aufgabe zur Umstellung der Energie- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien einerseits und der klimapolitisch gleichfalls sinnvollen bzw. erforderlichen Begrünung von Dächern andererseits. Zum einen ließe sich diese durchaus auf großen Flächen kombinieren, zum anderen hat eine möglichst flächendeckende Bepflanzung von Fassaden den zusätzlichen Vorteil einer isolierenden Wirkung der Gebäude vor Hitze und Kälte. Die Beschattung der Wände, gesteigerte Verdunstung, Staubfilterung und Schallabsorption tragen zu einem gesünderen Gebäudeumfeld bei. Die Begrünung bewirkt eine sommerliche Gebäudekühlung ohne zusätzlichen Energieeinsatz. Auch kann die zusätzliche Begrünung von Fassaden in engen „Häuserschluchten“ das Fehlen von Straßenbäumen zumindest teilweise kompensieren.

Das Thema „Bauen für das Stadtklima“ wird hier gelegentlich fortgesetzt.

FRANK BEIERSDORFF  
Umweltpolitischer Sprecher der Linksfaktion

## Aus den Siedlungsgebieten:

### 2020: 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus: Gedenkorte würdigen und bewahren!

In den Ortsteilen in Kaulsdorf, in Mahlsdorf und in Biesdorf erinnern viele Orte an Menschen, die sich den Gewalttaten der Nazis entgegenstellten und den Faschismus aktiv bekämpft haben. Es ist gerade in der heutigen Zeit wichtig, sich intensiv mit den zwölf Jahren der faschistischen Diktatur in Deutschland auseinanderzusetzen und Lehren für die heutige Zeit zu ziehen.

Mit der AfD zieht wieder eine politische Kraft in die Rathäuser und Parlamente unseres Landes, deren politische Positionen auf Rassismus, Antisemitismus und Radikalismus beruhen. Die „völkische Gruppe“ um Höcke gewinnt immer mehr an Einfluss und hat auch in der AfD in unserem Bezirk zahlreiche Unterstützer. Diesen Einflüssen können wir auch mit einer aktiven Würdigung der im Bezirk befindlichen Gedenkorte entgegenreten.

So wurden am 5. Dezember 2019 vor dem Haus An der Wuhle 41 in Kaulsdorf-Süd zwei weitere Stolpersteine verlegt. Die Initiatorinnen erinnern damit an die Eheleute und überzeugten Kommunist\*innen Marie Luise und Carl Hotze. Sie hatten hier die jüdische Witwe Anna Degen und ihren Sohn Michael versteckt und damit gerettet. Marie Luise Hotze bezahlte ihre konsequente Haltung mit dem Tod im KZ Ravensbrück und Carl Hotze kam ins KZ Sachsenhausen und ins KZ Mauthausen. Die vielen Zeugnisse vom antifaschistischen En-

gagement und der Befreiung vom Faschismus müssen uns gerade in diesem Jahr von besonderer Bedeutung sein. Hierzu gehören die Gedenktafeln an Erich Knauf und Erich Oser in Kaulsdorf, der Gedenkstein für die Opfer der Euthanasie im Brebacher Weg 15, das sowjetische Ehrenmal in der Brodauer Straße, die Gedenktafel und Büste von Heinrich Grüber, die Gedenktafel für Dr. Arno Phillipsthal in Biesdorf und die Stolpersteine der Familie Guthmann in Mahlsdorf. Und es sind die zahlreichen Stolpersteine, die als kleine Gedenktafeln an das Schicksal der Menschen erinnern, die von den Nazis ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Bisher wurden 5 Stolpersteine in Biesdorf, 10 Stolpersteine in Kaulsdorf und 16 Stolpersteine in Mahlsdorf verlegt. Unsere Genossin und Bezirksstadträtin für Kultur, Juliane Witt, die zugleich Vorsitzende der Kommission Gedenkorte ist, freut sich, dass es vor allem junge Menschen sind, die sich bei uns für die Verlegung der Stolpersteine einsetzen. DIE LINKE steht zugleich solidarisch an der Seite der Antifaschist\*innen des VVN-BdA und wird mit ihnen gemeinsam für ein antifaschistisches, demokratisches und friedfertiges Deutschland kämpfen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Petra Pau (MdB): Geht es noch irrer?

Das ist fürwahr neu. Ein Bundesinnenminister bezeichnet den Rechtsextremismus als „echte Gefahr“ für die Demokratie und will dagegen vorgehen. Aktuelle Anlässe waren der Mord an dem Regierungspräsidenten Walter Lübke (CDU) in Kassel, weil dieser sich menschlich über Flüchtlinge geäußert hatte, und der Doppelmord in Halle/Saale, nachdem der Täter, ebenfalls ein Nazi, vordem versucht hatte, eine Synagoge in die Luft zu sprengen.

Dabei hätte man allerspätestens seit der NSU-Nazi-Mordserie 2011 wissen können, wie kreuzgefährlich die rechtsextreme Szene ist. Zehn Jahre lang waren vordem Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe raubend und mordend durch Deutschland gezogen, unerkannt und unbehelligt. Vermeintlich.

Ich war für die Bundestagslinksfraktion in zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen dabei, um Licht in das Staatsversagen rund um den NSU-Komplex zu bringen. Wir schauten in Abgründe. Allemaal, wenn es um die Rolle der Ämter für Verfassungsschutz ging. Sie wussten einiges über das Mörder-Trio, aber sie kooperierten mitnichten mit den fahndenden Kriminalämtern.

Im Gegenteil, sie ignorierten sie, weil ihnen der Schutz ihrer geheimen Informanten wichtiger war als die Aufklärung einer Mordserie.

Anders gesagt: Die Ämter für Verfassungsschutz waren nicht Teil der Lösung, sie sind Teil des Problems. Sie schützen nicht die Verfassung, sie wähen sich drüber. Deshalb fordere ich, fordert DIE LINKE seit Längerem, die Ämter für Verfassungsschutz als Geheimdienste aufzulösen und die V-Leute-Praxis aller Sicherheitsorgane umgehend aufzugeben.

De facto geschieht das Gegenteil. Immer, wenn es mörderische Attentate à la NSU, Kassel oder Halle gibt, beschließen die jeweiligen Regierungsparteien (CDU/CSU und SPD) die Ämter für Verfassungsschutz aufzurüsten, finanziell, personell und mit erweiterten Befugnissen. Was in aller Regel heißt, dass für sie Datenschutz und andere Bürgerrechte obsolet sind. So auch aktuell durch das sogenannte Aktionsprogramm gegen rechts von Bundesinnenminister Seehofer (CSU). Zur selben Zeit wird gesellschaftlichen Initiativen die Gemeinnützigkeit aberkannt, so auch der antifaschistischen VVN-BdA.

Geht es noch irrer?

## Aus dem Bezirksvorstand: Konstituierung II und Planung

Im Dezember ging es um das Festzurren letzter Formalitäten und Aufgabenverteilungen, wir tauschten uns aus und legten einen Arbeitsplan für 2020 fest.

Wie bereits in der Dezember-Ausgabe berichtet, nutzte der Bezirksvorstand die beiden Sitzungen im November, um sich zügig zu konstituieren und arbeitsfähig zu machen. Dies bedurfte in der ersten Zusammenkunft im Dezember allerdings noch einiger kleiner nachträglicher Ergänzungen. So wurden die Kassenordnung sowie die Besetzung der Position des Finanzverantwortlichen des Bezirksvorstandes final beschlossen. Des Weiteren wurde der bis dato noch vakante geschäftsführende Bezirksvorstand gewählt und beschlossen. Dieser wird nunmehr laut Geschäftsordnung für die folgenden sechs Monate im Amt sein und nahm bereits eine Woche später, am 11.12.2019, in einer ersten Zusammenkunft seine Arbeit auf.

Darüber hinaus fand in eben jener ersten Dezember-Sitzung mit den Kamerad\*innen vom VVN-BdA ein intensiver Gedankenaustausch statt. Vor dem Hintergrund des praktischen Entzugs der Gemeinnützigkeit seitens des Berliner Finanzamtes sprach der Bezirksvorstand seine uneingeschränkte Solidarität mit dem VVN-BdA sowie für das gemeinsame Ziel der Zurückdrängung und konsequenten Bekämpfung rechter und faschistischer Angriffe in der Gesellschaft aus - inklusive jener seitens der AfD.

Was bereits in der ersten Dezember-Zusammen-

kunft begonnen wurde, konnte in der zweiten dann konsequent fortgeführt werden: Die Erarbeitung eines strukturierten, priorisierten Aufgaben- und Tätigkeitsplanes für den Bezirksvorstand im Jahr 2020. So wird bereits in der ersten Januar-Dekade eine Arbeitsgruppe zusammentreffen, die sich notwendiger Satzungsüberarbeitungen - auch als Basis für eine organisatorische Überarbeitung / Neuaufstellung der örtlichen Mitgliederstruktur für die Arbeitsperiode 2020/2021 - annimmt und neu formuliert. Des Weiteren formierte sich die Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“, unter deren Schirm sich auch die „Mitgliederarbeit“ findet, hier explizit mit dem Schwerpunkt „Jugendarbeit“.

Eine kurz, knapp und äußerst aussagefähig zusammengestellte Statistik sowohl der Finanzen als auch der Mitgliederentwicklung machte eindringlich deutlich, dass eine starke Priorisierung auf Öffentlichkeitsarbeit / Gewinnung von Neumitgliedern vonnöten ist. Hierfür bieten sich mit Sicherheit auch die zahlreichen für 2020 geplanten Aktionen und Veranstaltungen an, wie u.a. Gedenken am 12. Januar, am 25. Januar, am 21. April, der 1. Mai - wieder auf dem Cecilienplatz - sowie auch der 8. Mai. Zu all diesen gibt es bereits detaillierte Vorstellungen und Verhandlungen mit Kooperationspartnern zu Ablauf und Organisation, über die in einer der nächsten Ausgaben von Marzahn-Hellersdorf links ausführlicher berichtet werden soll.

KARIN MÜLLER

## AfD = unsozial!

**Berliner AfD will Sozialticket teurer machen und das kostenlose Ticket und Mittagessen für Schülerinnen und Schüler abschaffen**

Rot-Rot-Grün hat am 12.12.2019 den Doppelhaushalt 2020/2021 für das Land Berlin beschlossen. Mit dem Doppelhaushalt werden auch wichtige Maßnahmen und soziale Meilensteine der Regierung wie das kostenlose Ticket und Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler finanziert. Die AfD hat in der Abgeordnetenhaus-Sitzung in „letzter Minute“ einen Änderungsantrag eingebracht, um vermeintlich unbemerkt vor der Öffentlichkeit diese Maßnahmen und weitere rückgängig zu machen. So war es ein besonderes Anliegen der AfD, die Maßnahme von Rot-Rot-Grün, den Preis für das Sozialticket zu reduzieren, wieder zurückzunehmen. Den Ticket-Preis hatte Rot-Rot-Grün bereits zum 1. Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt!

Mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt hat die AfD mal wieder ihr unsoziales Gesicht gezeigt. Als LINKE machen uns diese Forderungen fassungslos. Wie weit weg von der Lebensrealität der Menschen muss man entfernt sein? Für uns sind der kostenlose Zugang von Kindern und Jugendlichen zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und zu einem warmen Schulmittagessen wichtige sozialpolitische Maßnahmen, denn damit wird das Kindeswohl und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gestärkt. Von dem vergünstigten Sozialticket profitieren zudem viele Berlinerinnen und Berliner, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen.

Für uns als LINKE steht im Gegensatz zur so genannten Alternative fest: Mobilität und ein gesundes warmes Mittagessen für unsere Jüngsten dürfen keine Frage des Geldbeutels sein!

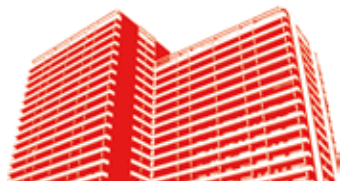
KRISTIAN RONNEBURG  
MdB

### Schwer beantwortbar

Ranzige Ignoranz der Union  
dass Antisemitismus nur in und um AfD?

Schmierige Taktik von CDU CSU  
Judenhass in den eigenen Reihen zu leugnen?  
Schimmlige Mischung aus Taktik  
und historischem Analphabetismus?

JÜRGEN RIEDEL



## Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung am 12. Dezember 2019

### Zusätzliche Schulreinigung – ab 2020 geht's los!

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2019 begann feierlich. Die Stiftung für Berlin übergab ihren jährlichen Preis an ein ausgewähltes Projekt, dieses Mal an ein Jugendprojekt mit Fokus auf Umweltbildung und Umweltschutz. Auch wir sagen: Herzlichen Glückwunsch an KIDS & CO für eure tolle Arbeit!

#### Verkehr: Schienen-TVO

Gleich zu Beginn diskutierten die Verordneten aller Fraktionen über unsere Große Anfrage zur Realisierung einer so genannten Schientangente im Zusammenhang mit der Tangentialverbindung Ost (TVO). Frank Beiersdorff, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, erinnerte in seiner Rede daran, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr nötig sei, um das langfristige Ziel, den privaten Autoverkehr möglichst aus der Stadt rauszuhalten, zu realisieren. Neben der Forderung der BVV an die Senatsverwaltung für Verkehr, schleunigst alle Vorkehrungen für den Bau der dringend benötigten TVO zu treffen, müsse eine Schientangente zu einer weiteren Priorität werden, so Beiersdorff. Die überfraktionelle Resolution „Keine weiteren Verzögerungen bei der Tangentialverbindung Ost“ wurde zu späterer Stunde übrigens mit großer Mehrheit angenommen, unser aktueller Antrag zur Schientangente generierte noch Diskussion. Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Straßen und Grünflächen, Nadja Zivkovic (CDU), erklärte in ihrer Antwort, dass auch das Bezirksamt die Schientangente für sinnvoll erachte, gerade weil diese eine gute Anbindung zum Flughafen im Süden und eine schnelle Anbindung in den Norden ermöglichen würde. Mit der Planung zur TVO solle diese aber nicht gekoppelt werden, weil die TVO schnell und dringend benötigt und nicht durch weitere Planungen verlangsamt werden dürfe. „Wir müssen akzeptieren, dass es Schritt für Schritt vorangeht“, kommentierte Fraktionschef Bjoern Tielebein die Antwort und fügte noch hinzu: „Ich hoffe, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, dass die Schienen-TVO irgendwann Realität ist.“

#### Kienberg-Tower:

##### Rückkauf von Wohnungen

Erst wenige Tage vor der BVV wurde bekannt, dass ein privater Eigentümer mehr als 100 Wohnungen im „Kienberg-Tower“ in der Kienbergstraße 1-3 als Paket veräußern wolle. Unser Fraktionschef Bjoern Tielebein erfragte, inwiefern das Bezirksamt darüber Bescheid wisse und ob es die Option zum Kauf der Wohnungen durch das Land Berlin oder einer seiner Gesellschaften gäbe. Zu den Fragen gab Bezirksstadträtin Juliane Witt (DIE LINKE) Auskunft: Das Bezirksamt wusste bis dato nichts von dem Verkauf und ein Vorverkaufsrecht könne bei diesem Grundstück nicht zur Anwendung kommen, weil es kein städtebaulicher Entwicklungsbereich ist. Dazu gehören Kategorien wie Erhaltungssatzung, Milieuschutzgebiet,

Bebauungsplan.

Tielebein plädierte dafür, das Thema intensiv im Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren. Wohnungsbau und bezahlbarer Wohnraum sind die Themen der Zeit, dabei dürfe aber der potentielle Rückkauf von Wohnungen nicht vergessen werden. Hier gehe es immerhin um ein Drittel eines ganzen Wohnhauses, das auf den Markt „geschmissen“ wird, so Tielebein und fügte hinzu, dass der Verkäufer auf Immobilienscout damit werbe, dass noch ein „Mietsteigerungspotential“ bestünde. Für die Mieter\*innen bedeutet das nur eins: teurere Mieten.

#### Sicht- und Bedarfsreinigung an Schulen

Lange Zeit wurde es gefordert, nun wird es endlich Realität: Die zusätzliche Sicht- und Bedarfsreinigung an den Schulen beginnt 2020. Zusätzliche Mittel bereitstellen wird das Abgeordnetenhaus, und zwar 7 Millionen für 2020 und 9 Millionen für 2021. Momentan sei noch nicht klar, wie viel die einzelnen Bezirke erhalten, aber in Marzahn-Hellersdorf rechne man mit 300.000 Euro, so Bezirksschulstadtrat Gordon Lemm (SPD). Er informierte weiter, dass die Reinigung erst ein-



**Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 23. Januar 2020, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.**

mal an zwölf ausgewählten Schulen stattfinden und dann nach und nach an immer mehr Schulen eingeführt wird. Es handelt sich um Schulen mit besonderen Herausforderungen (wie z.B. Überbelegung), konkret sind das neun Grundschulen (Grundschule an der Mühle, Kiekemal, Geißenweide, Kolibri, Schleipfuhl, Ulmen, Johann Strauß, Fuchsberg und Regenbogen) und drei Oberschulen (ISS Mahlsdorf, Melanchthon und Virchow).

#### Beschlossene Drucksachen:

- Resolution: Keine weiteren Verzögerungen bei der Tangentialverbindung Ost
- Nahversorgung während des Bauvorhabens an der Marchwitzastraße 29-31 für die Anwohner\*innen sicherstellen
- Mehr Bäume auf Schmetterlingswiesen (beigetreten)
- Bäume für Schulhöfe (beigetreten)
- Treppenmarkierungen erneuern.

MAGDA ALBRECHT

## Senat führt Klimavorbehalt ein

Und der Bezirk Marzahn-Hellersdorf sollte nachziehen. Im Dezember 2019 hat der Berliner Senat auf Vorlage der Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz einen Beschluss zur Klimanotlage gefasst. Darin sind Absichtsbekundungen und Maßnahmen enthalten, die der Senat für den Klimaschutz auf Landesebene fortführen bzw. ergreifen will. Der Senat hat u.a. beschlossen, dass Verfahren und Kriterien für die Überprüfung von Senatsentscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das Erreichen der Klimaschutzziele vorgelegt werden.

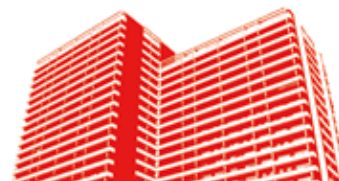
Im September 2019 hat die Linksfraction in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf den Antrag eingebracht, dass das Bezirksamt einen Klimavorbehalt einführen soll. Damit wür-



den künftig alle Vorlagen des Bezirksamtes auf ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz sowie klimafreundlichere Alternativen geprüft werden. Der heutige Senatsbeschluss zur Klimanotlage, den wir begrüßen, zeigt die Dringlichkeit auf, auch im Bezirk einen solchen Beschluss zu fassen. Gemeinsam mit dem Klimaschutzbeauftragten, der seine Arbeit in

Marzahn-Hellersdorf im Dezember 2019 aufgenommen hat, wollen wir auch als Bezirk unsere klimapolitischen Hausaufgaben machen.

FRANK BEIERSDORFF  
Umweltpolitischer Sprecher



## Stadtentwicklung

### Bauen, Bauen und ... was ist mit den Mieten?

**S**chaffe, schaffe, Häusle baue - was die Schwaben können, funktioniert auch in Marzahn-Hellersdorf ganz gut: Es entstehen mehr als 6.000 Wohnungen.

Es ist gar nicht so leicht, die Übersicht zu behalten, denn an vielen Stellen im Bezirk wird gebaut. Besonders in Hellersdorf entstehen auf ehemaligen Schulstandorten, wie in der Lion-Feuchtwanger-Straße, oder auf ehemaligen Kitastandorten, wie in der Tangermünder Straße, mehrgeschossige Wohnhäuser. Rund um das Gut Hellersdorf ist der Neubau von mehr als 1.200 Wohnungen geplant. Auch in Marzahn wird gebaut, zum Beispiel in der Ludwig-Renn-Straße oder auf dem ehemaligen Allkauf-Grundstück an der Märkischen Allee.

Mit den bereits fertigen Wohnungen und jenen, für die schon Baugenehmigungen vorliegen, entstehen im Bezirk mehr als 6.000 neue Wohnungen. Die meisten Wohnungen werden von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften gebaut bzw. nach der Errichtung durch private Investoren von den Gesellschaften gekauft. 30 % bis 50 % dieser neugebauten Wohnungen werden gefördert und dürfen eine durchschnittliche Miethöhe von 6 €

pro m<sup>2</sup> nicht überschreiten. Auf solche Wohnungen können sich alle mit Wohnberechtigungsschein bewerben.

Doch weder Wohnungsneubau noch Wohngeldanspruch haben bisher dazu geführt, dass bezahlba-



Auf dem ehemaligen Allkauf-Grundstück an der Märkischen Allee stehen die Bagger schon bereit.

rer Wohnraum für alle Suchenden zur Verfügung steht. Der Mietendeckel soll Abhilfe schaffen. Dagegen führen vor allem Vermieter\*innen, aber auch die Oppositionsparteien schwere Geschütze

auf: Die CDU will gegen das Gesetz klagen, Vermieterverbände rufen zu einer Gegendemo und zu Unterschriftensammlungen auf. Sie drohen damit, notwendige Investitionen und Erhaltungsarbeiten sowie Unterstützung für soziale Projekte nicht mehr durchzuführen und erhöhen schnell noch einmal die Mieten. Ihre einzige Lösung: bauen, bauen, bauen.

Kritisiert wird, dass mit dem Wohnungsneubau der Ausbau der Infrastruktur wie Kita- und Schulplätze, Parkplätze und der Nahverkehr nicht Schritt halten. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Bauvorhaben nur in wenigen Fällen - wie beim Gut Hellersdorf - Planungen zum Straßenverkehr, zu Parkmöglichkeiten und sozialer Infrastruktur berücksichtigen. Dazu kommen die Forderungen der Bewohner\*innen, nicht jedes „freie“ Grundstück zu bebauen, z.B. die ehemaligen Kita-Standorte, die in Innenhöfen liegen. Dieses Anliegen unterstützen wir. Bezahlbar, barrierefrei und möglichst grün - so stellen wir uns „das gute Wohnen“ vor.

DR. RENATE SCHILLING

Sprecherin für Wohnen und Mietpolitik

### Wohnungen zurückkaufen!

**A**ktuell stehen 109 Wohnungen und acht Gewerbeeinheiten im Kienberg-Tower (Kienbergstraße 1-3) durch einen privaten Eigentümer zum Verkauf.

Im Zuge der Diskussionen um den Rückkauf von Wohnungen durch städtische Wohnungsgesellschaften wird oft vergessen, dass auch in Marzahn-Hellersdorf bezahlbarer Wohnraum knapp wird. Bis in die 2000er Jahre wurden aufgrund des relativ hohen Leerstands auch in unserem Bezirk Wohnungen zu Schleuderpreisen verkauft. Dieser Fehler der Vergangenheit lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Wir sollten aber sich bietende Gelegenheiten zum Rückkauf nutzen und so den Mieter\*innen ein Stück Sicherheit zurückgeben.

Die aktuell angebotenen Wohnungen und Gewerbeeinheiten machen mehr als ein Drittel der 305 Wohnungen aus. Mit einem Rückkauf böte sich die Chance, den Wohnungsbestand der in Marzahn-Hellersdorf vertretenen landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu erhöhen und somit der großen Nachfrage gerecht zu werden. Wir fordern das Bezirksamt auf, sich umgehend an den Senat und die landeseigenen Wohnungsunternehmen zu wenden und den Kauf der Wohnungen und Gewerbeeinheiten in der Kienbergstraße zu forcieren. Außerdem sollte das Bezirksamt ernsthaft prüfen, ob und welche Gebiete in Marzahn-Hellersdorf als Milieuschutzgebiete geeignet sind.

BJOERN TIELEBEIN  
Fraktionsvorsitzender

### INFORMATIONSVORANSTALTUNGEN

#### zur LANGEN NACHT der SOLIDARITÄT Januar 2020

**M**it Infoveranstaltungen wird das Thema Obdachlosigkeit im Bezirk thematisiert.

Dabei unterrichtet u.a. die Freiwilligenagentur Marzahn als zentrale Koordinierungsstelle im Bezirk für das Projekt, aber auch landesweite Plattform für die Freiwilligen, gemeinsam mit der Senatsverwaltung über die Ziele und den Ablauf der Zählung von Obdachlosen Ende Januar in ganz Berlin.

Sie sind herzlich willkommen

>> 16. Januar 2020 um 17 Uhr

im Stadtteilzentrum Marzahn-Nord, „Kiek in“, Rosenbecker Str. 25/27, Raum 139

>> 21. Januar 2020 um 18.30 Uhr

im Don-Bosco-Zentrum Marzahn, Otto-Rosenberg-Straße 1.

Die „Task Force Nacht der Solidarität“ in Marzahn-Hellersdorf bündelt die bezirklichen Akteure rund um das Thema, sie wird koordiniert von Dr. Gollbach, Leiter der Freiwilligenagentur mit Sitz am Springpfuhl. Mit dabei sind im Team der bezirkliche Migrationssozialdienst, das Projekt Respekt & Halt, das Don-Bosco-Zentrum, das Stadtteilzentrum Kiek in in Marzahn-Nord und seitens des Be-

zirksamtes Sozialstadträtin Juliane Witt.

Das Thema Obdachlosigkeit hat in den letzten Jahren nicht nur im Winter viele Menschen bewegt. Auch viele Marzahn-Hellersdorfer\*innen engagieren sich für Menschen

in Not mit Sachspenden und Zeit. Sie wollen wissen, was die Menschen auf der Straße brauchen, wie sie unterstützt werden wollen - und was wir leisten können.

Freiwillige sind auch weiterhin

hin willkommen, die in Marzahn-Hellersdorf am 29. Januar 2020 unterstützen wollen. Melden Sie sich in der Freiwilligenagentur bei Dr. Jochen Gollbach direkt vor Ort oder per Email: kontakt@fwa-mh.de

Adresse:

Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf  
Helene-Weigel-Platz 6, 12681 Berlin

Öffnungszeiten:

\* Montag: 10 - 14 Uhr  
\* Dienstag: 10 - 18 Uhr  
\* Mittwoch: 10 - 16 Uhr  
\* Donnerstag: 10 - 18 Uhr  
\* Freitag: 10 - 14 Uhr



## Einfach leben

**W**ie war es wirklich – das Leben in Ost und West? Das Leben der Menschen nach der Spaltung Deutschlands als Folge des faschistischen Krieges. Darum ging es im November bei einer Buchlesung im Schloss.

Die Biesdorferin Erika Maier hat Ärztinnen aus Meiningen und Augsburg, Handwerker aus Chemnitz und Hamburg, Köchinnen aus Sonneberg und Niedersachsen, den Bürgermeister von Wasungen und den Bürgermeister aus Ostheim in Bayern aus ihrem Leben erzählen lassen; und acht weitere Berufspaare – immer einer aus dem Osten und einer aus dem Westen – nicht Starköche oder Promi-Ärzte wurden befragt, sondern ganz einfache Menschen. Deshalb auch der Titel des Buches „Einfach leben - hüben wie drüben / zwölf Doppelbiographien“.

Die Lesung begann mit Dr. Regina Feldmann, der DDR-Ärztin, und Dr. Hannelore Marcon, aus Augsburg. Regina Feldmann aus Meiningen lobt die Ausbildung der Mediziner in der DDR, die Gemeindegewerkschaft auf dem Land, das System der Vorsorgeuntersuchungen in Betrieben und Schulen. Berührend und erschreckend ihr Entsetzen, als ihr nach der Wende gesagt wird, sie müsse bei jedem Patienten als erstes überlegen, was sie aus

ihm „rausholen“ kann. Die Begegnung mit Hannelore Marcon, der „Westärztin“ war ein Kennenlernen aus dem Nichts. Erwartet hatte Erika Maier in Augsburg – auch hier also Klischee – eine wohl situierte gutbürgerliche Dame. Die Realität zeigte eine Ärztin mit Herz und Seele, von Kind auf vom Leben gezaust, sozial engagiert, einst Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, jedoch bar jeder Sympathie für die DDR.

Julia Witt, die die Lesung wie immer mit Geist und Charme moderierte, bat die Teilnehmer zu entscheiden, welchen Beruf sie noch hören möchten. Schließlich wurde abgestimmt – zugunsten der Offiziere. So kam auch der Oberst a.D. der Nationalen Volksarmee, Dr. Richard Herrmann, zu Wort. „Für mich als Offizier der NVA war klar, dass von den Truppen des Warschauer Vertrages kein Angriff ausgehen wird. Wir verstanden uns als Verteidigungsarmee, die die DDR und ihre Verbündeten gegen Angriffe der NATO schützt.“ Das sind seine Worte, auch noch aus der Sicht des erfolgreichen Unternehmers. Und er bedauert, dass die Chancen für Frieden und Abrüstung in den 1990er Jahren von der NATO nicht genutzt wurden.

Wie wurden die Interview-Partner gefunden, sollte man die Geschichten nicht fortschreiben – das wurde die Autorin von den 30 interessierten Teil-



Prof. Dr. Erika Maier, Karin Müller, Gast der Veranstaltung, und Julia Witt.  
Foto: privat

nehmern mehrfach gefragt.

Resümierend zeigte sich erneut, dass es lohnt, den Menschen zuzuhören. Nur so kann die einseitige Lesart der deutsch-deutschen Geschichte – hier Stasi und Misswirtschaft, da die heile freie Welt – ins Lot gebracht werden. J. RICHTER

## Kulturamt kämpft FÜR die kommunalen Kulturstandorte und deren Erhalt

**A**ufgrund der aktuellen Berichterstattung in den Medien möchte ich Folgendes richtigstellen: Das Bezirksamt will sich nicht von den Standorten Galerie M, Kunsthaus Flora und Kummerower Ring trennen. Das Kulturamt wie auch alle anderen Beteiligten kämpfen und werden es weiter tun: FÜR den Erhalt und die WEITERENTWICKLUNG der Kulturstandorte!

Der Kulturstandort Projekttraum M in der Marzahner Promenade ist ein unverzichtbarer Ort für die Kulturlandschaft dort, er wird weiterhin (seit März 2018) von der Neuen Kunstinitiative Marzahn-Hellersdorf e.V. im Ehrenamt betrieben, Künstlerinnen und Künstler, die eine vielfältige, eigenverantwortliche, selbstbestimmte kuratorische Praxis etabliert haben und mit ihren vielen Ausstellungen die Promenade beleben. Das Kulturamt ist hier Mieter der Räume der degewo und gibt diese an die NKI weiter. Am 25. Januar 2020 findet die nächste Ausstellungseröffnung statt: Die Ausstellung „COPYPAT“ im Projekttraum Galerie M beschäftigt sich mit der Kunst der Nachahmung. Eröffnung ist am 25. Januar um 18 Uhr. Sie sind herzlich willkommen!

<https://www.nki-berlin.de/termine>

Das Kunsthaus FLORA in der Florastraße wird auch 2020 weiterhin zum Kulturamt Marzahn-Hellersdorf gehören, auch wenn die Personalausstattung dort keine eigene Leitung des Hauses ermöglicht. Die Nutzer im Haus sind die kommunalen Kulturanbieter, die VHS, die MUSIKSCHULE, die Jugendkunstschule (JKS). Mit den zwei Räumen im WG ist das Haus ein für viele Formate zu kleiner Ort, umgeben mit dem großen Park offeriert sich aber ein großes Potenzial, welches zu heben die Aufgabe der nächsten Jahre sein wird. 2021 wird das Haus vor allem in Verantwortung der Volkshochschule geführt werden, um während der UMBAPHASE und Erweiterung am Standort der VHS Mark-Twain-Straße Ausweikkurse anbieten zu können. Sie finden das Kursprogramm bis Februar hier <https://www.kultur-marzahn-hell->

[ersdorf.de/kunsthhaus-flora/kursprogramm](https://www.kultur-marzahn-hell-ersdorf.de/kunsthhaus-flora/kursprogramm)

Die Angebote der JKS, die derzeit am Kummerower Weg untergebracht ist, finden Sie aufgrund des Platzmangels (zwei Seminarräume) ebenfalls im Kunsthaus und an anderen Orten dezentral untergebracht. <http://juks-mh.de/kurse-1.html>

Der Standort KUMMEROWER RING ist derzeit seit Oktober 2016 der Ort der „Jugendkunstschule nach Berliner Modell“ – die Planungen für das Jahr 2020 sind auch schon getätigt. Wie bereits in den vorangegangenen Jahren kompensiert die JKS den Platzmangel an dezentralen Orten.

Die Zielsetzung, die von 2011 – 2016 lange verfolgt wurde, hierfür eine leer stehende Schule oder einen Neubau akquirieren zu können, war weder in der letzten noch jetzigen Wahlperiode umsetzbar. BVV und der Runde Tisch Kulturelle Bildung hatten lange gefordert, einen passenden Standort zum Zentrum für den Bezirk zu entwickeln, was nicht von Erfolg gekrönt war.

Die Entscheidung des Trägers DerArt GmbH, seine Jugendkunstschule am Kummerower Ring nicht mehr zu führen, war dann Anlass, die JKS nach Berliner Modell vorerst in diesem kleinen Gebäude zu platzieren, wohl wissend, dass dies im Vergleich zu allen anderen Bezirken eine Notlösung ist. Deshalb wurde dezentral nach Partnern gesucht und diese wurden auch gefunden.

Mit der Sanierung des Kulturforums Carola-Nehrer-Straße soll ein solcher Ort entstehen, an dem tagsüber die Kitagruppen und Schülerinnen der Schulen aus dem Bezirk üben und proben können, am Abend dann der Saal für Kulturauftritte und Kunstevents der Vereine und Kulturpartner zur Verfügung steht. Die Sanierung des Hauses mit Mitteln aus dem Stadtumbau Ost Programm läuft langsamer als erwartet, soll aber zum 3. Quartal 2020 abgeschlossen sein.

Es ist dann geplant, dass die Jugendkunstschule alle Kräfte und alle Ressourcen im Gebäude bündelt, die

neue Koordinatorin Kulturelle Bildung des Bezirks und der Leiter der Jugendkunstschule dann vor Ort sind und alle Interessenten ausreichend Platz finden, um das wichtige Thema frühkindliche kulturelle Bildung in Musik, Theater, Bildender Kunst und digitalen Medien endlich ausreichend zu entwickeln und zu präsentieren. Mehrere Vereine und Partner aus dem Stadtteil haben sich bereits im Kulturamt gemeldet und ihr Interesse geäußert, u.a. soll die KINDEROPER MARZAHN, die derzeit noch mietspflichtig im Freizeitforum beheimatet und damit auch gefährdet ist, hier eine Heimat finden.

Der Standort KUMMEROWER RING wird 2020 also weiterhin als kommunale Einrichtung für den Bereich KULTUR geführt werden und dann nach dem Umzug durch die Volkshochschule zum Januar 2021 übernommen werden, um ebenfalls die Kurse abzusichern. Die Fertigstellung des Aufbaus auf der VHS ist für Frühjahr 2022 geplant.

Für den bezirklichen Doppelhaushalt 2020/2021 sind die Eckdaten gesetzt, die Bestätigung erfolgt zum Januar 2020 durch das Haushalts-Rundschreiben. Der Spielraum ist hier ausgeschöpft.

Für den nächsten Haushalt 2022/2023 wird erneut gekämpft werden, welche Kulturschwerpunkte personeller, räumlicher Art im Bezirk gesetzt werden. Mit dem stark gestiegenen Interesse an der Kultur, an den Kunstorten in Marzahn-Hellersdorf gehe ich davon aus, dass zum Wahljahr viele Wettbewerber sich auch hier intensiv mit den Rahmenbedingungen befassen und ambitionierte Visionen für die Kulturlandschaft entwerfen.

Wenn wir davon gemeinsam auch nur die Hälfte umsetzen, wird es so vielfältig und modern werden, wie es sich viele Bürgerinnen und Bürger wünschen. Ich setze auf einen guten Mix, auf junge Menschen, die hier auch in den Bezirk zurückkehren und Verantwortung übernehmen wollen und können.

JULIANE WITT, Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur, Soziales und Facility Management

## Zur Person: Matthias Schepler

### Kapitalismus ist nicht nachhaltig

Ganz Deutschland diskutiert über den Klimawandel, den ökologischen Fußabdruck und ob man heute eigentlich noch fliegen darf. Von diesen Debatten haben auf parlamentarischer Ebene im letzten Jahr besonders die Grünen profitiert. Klimagerechtigkeit, Tierschutz und Tierrechte sind aber auch linke Themen, sagt Matthias Schepler, der von seinen Freund\*innen Matze genannt wird. Er ist 33, in Marzahn aufgewachsen und studiert in Frankfurt/Oder Jura. Politisch aktiv ist er als Co-Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Tierschutz und Tierrechte. Er ist außerdem Teil der vor wenigen Monaten gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Klimagerechtigkeit.

„Auch im Tierschutz wollen wir die Systemfrage stellen.“

Matthias war schon immer politisch links. Sein Schulpraktikum hat er bereits bei der LINKEN absolviert und als 16-Jähriger ging er, wie viele andere, auf die Antikriegsdemos anlässlich der Invasion in den Irak. Nach seinem Schulabschluss wusste Matthias erst einmal

nicht, was er machen wollte. Er entschied sich dann für ein Lehramtsstudium von Latein und Politik. Das war aber doch nicht so sein Ding, weshalb er sich heute auf das Recht konzentriert: „Ich will mich beruflich für linke Projekte einsetzen, und da ist es hilfreich, wenn man weiß, wie das Recht funktioniert.“ Ein Standard-Job als Anwalt kommt allerdings nicht in Frage, vielleicht wird es die Politikberatung, fügt er hinzu.

Die LAG Tierschutz und Tierrechte hat sich vor etwas mehr als einem Jahr gegründet, von Anfang

an war Matthias in der Gruppe aktiv. Es stört ihn, wenn diese Themen von rechter Seite instrumentalisiert werden oder eher esoterisch daherkommen. Eine linke Perspektive sei unabdingbar: „Wir als Linke sind gegen Ausbeutung und wir möchten den Anspruch, die Ausbeutung zu beenden, auf alle Lebewesen ausweiten. Auch im Tierschutz



Matthias Schepler

Foto: M. Albrecht

wollen wir die Systemfrage stellen und die Probleme, die der Kapitalismus verursacht, angehen.“

„Tierquälerei ist kein Kulturgut.“

Kurz nach der Gründung ist die LAG Tierschutz und Tierrechte an die Arbeit gegangen: Sie haben an einem Selbstverständnis gearbeitet, erfolgreich Änderungsanträge zum LINKEN Europawahlprogramm eingereicht oder an Kundgebungen gegen Wildtierhaltung im Zirkus teilgenommen. Das Wildtierhaltungsverbot ist übrigens gescheitert – wegen der großen Koalition. Von der Zirkuslob-

by wird als Argument unter anderem genannt, dass Wildtierhaltung ein „Kulturgut“ sei. So ist Deutschland eines der wenigen europäischen Länder, in denen diese noch erlaubt ist. „Tierquälerei kann doch kein Kulturgut sein“, sagt Matze kopfschüttelnd.

Großes Aufsehen hatte der Antrag erregt, ausschließlich veganes Essen auf dem Landesparteitag anzubieten. Darüber wurde intensiv im Vorstand diskutiert. Der Kompromiss: Es sollte dann überwiegend vegan-vegetarisches Essen geben. „Uns geht es nicht darum, alle zu zwingen, vegan zu leben. Die Partei kann aber Vorbild sein. Wir fordern ja auch einen höheren Mindestlohn und zahlen unseren Mitarbeiter\*innen vernünftige Löhne. Unsere Bundestagsfraktion hat gerade den Aktionsplan Klimagerechtigkeit erarbeitet, aber wir weigern uns trotzdem, vorbildhaft zu zeigen, wie es besser ginge in Hinblick auf Klimagerechtigkeit.“

Warum ist Matthias dann eigentlich nicht bei den Grünen? „Die Grünen denken nicht über das kapitalistische System hinaus, die Politik richtet sich häufig ans Individuum oder fokussiert steuerliche Erhöhungen. Da werden die, die eh nicht so viel haben, zusätzlich belastet. Die soziale Komponente denken wir als Linke mit.“

Auch wenn manche Genoss\*innen (noch) nicht die Relevanz der Arbeit für Klimagerechtigkeit erkennen, hat Matthias gute Erfahrungen gemacht. Der Kontakt zum tierschutzpolitischen Sprecher im Abgeordnetenhaus sei sehr gut und viele Menschen in der Partei haben ein offenes Ohr. Gefragt nach seinem Wunsch an DIE LINKE, sagt er: „Wenn wir als Partei einen internationalistischen Ansatz haben, dann müssen wir uns auch mit dem globalen Klimawandel befassen und uns fragen: Was hat unser Untätigsein für Folgen, besonders für den globalen Süden?“

MAGDA ALBRECHT

## Gegen das Vergessen

Am 5. Dezember wurden vor dem Haus An der Wuhle 41 in Kaulsdorf-Süd zwei Stolpersteine für Marie-Luise und Carl Hotze



Der Künstler Günter Demnig mit den beiden Stolpersteinen.  
Fotos: M. Albrecht

verlegt.

Der Künstler Gunter Demnig hält an diesem sonnigen Dezembertag zwei Stolpersteine in die Luft. Gewidmet sind sie den Kommunist/innen Marie-Luise und Carl Hotze. Die Stolpersteinverlegung ist ungewöhnlich, weil die Hotzes nicht jüdisch waren. Aber sie haben eine jüdische Familie versteckt – die Witwe Anna Degen und ihren 11-jährigen Sohn Michael. Kurz bevor sie von den Nazis entdeckt wurden, sprangen die beiden aus dem Fenster. Die Hotzes wurden ins Konzentrationslager verschleppt. Marie-Luise Hotze wurde ermordet, Familie Degen und Carl Hotze überlebten. Initiiert haben die Verlegung der Stolpersteine Cindy und Angelika Wewerka aus Biesdorf. Eigentlich wollte sie einen Stein für ein jüdisches Opfer verlegen, erzählt Cindy, doch im Gespräch mit Dorothee Ifland, der Leiterin des Bezirksmuseums, erfuhr sie von den Hotzes und war beeindruckt von deren Geschichte. „Die beiden hatten ja die Wahl“, sagte Wewerka dem Tagesspiegel. „Sie hätten sich anpassen können, aber entschieden sich dafür, für ihre Überzeugungen einzustehen – und versteckten am Ende auch Juden.“

Der 87-jährige Michael Degen lebt heute übr-



Die Initiatorinnen der Stolpersteinverlegung, Cindy und Angelika Wewerka aus Biesdorf.

gens in Hamburg und ist Schauspieler geworden („Nicht alle waren Mörder“). Er konnte leider nicht anwesend sein. Cindy Wewerka übermittelte herzliche Grüße. Er freue sich sehr, dass die Hotzes nun auch ein Gedenken erhalten.

MAGDA ALBRECHT

### Sozialberatung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» 16.1. und 20.2., 15 Uhr: Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe [www.kristian-ronneburg.de](http://www.kristian-ronneburg.de)), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen: [stein@wk.linksfraktion-berlin.de](mailto:stein@wk.linksfraktion-berlin.de)

[volkert@wk.linksfraktion-berlin.de](mailto:volkert@wk.linksfraktion-berlin.de) erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### Ausstellung

» 10.1. bis 12.3., Ausstellung mit Werken von Ulrich Uffrecht, Künstler aus Biesdorf, Ausstellungsort: Kiezbüro von Kristian Ronneburg, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, zu besichtigen während der Öffnungszeiten des Kiezbüros

### Buchvorstellung und Podiumsgespräch

» 20.1., 18 Uhr, Alice-Salomon-Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Buchvorstellung „Extreme Sicherheit“ mit Heike Kleffner, Malene Gürgen und Petra Pau (MdB) und Podiumsgespräch

### Stilles Gedenken

» 25.1., 11 Uhr, Stilles Gedenken am Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Zwangsarbeit 1939 - 1945 anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg 10, 12681 Berlin, Veranstaltung der BVV Marzahn-Hellersdorf und des Heimatvereins

### Linkes Unternehmerfrühstück

» 31.1., 9 Uhr, Jugendfreizeitstätte „TreibHaus“, Allee der Kosmonauten 170, 12685 Berlin (Haltestelle Adersleber Weg), mit Harald Gindra (MdB, DIE LINKE), Themen: Mietendeckel, Gewerbemieten

### Bezirksvorstand

» 28.1., 18.2., 3.3. jeweils 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

### Basis-Koordinierungsberatungen

» 11.2., 19 Uhr, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 13.2., 19 Uhr, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» 4.3., 18 Uhr, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» 10.3., 19.30 Uhr, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### Treffen in den Wahlkreisen

» 11.2., 18.30 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 2 wohnenden Mitglieder, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 12.2., 18 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 23.1. (Do.) und 6.2. (Do.) jeweils 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, 23.1., 15 - 17 Uhr, Vision e.V., Wittenberger Str. 67, 12689 Berlin, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

### Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Terminvereinbarung im Abgeordnetenbüro, Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 15-19 Uhr, mi 16-18 Uhr, do 10-15 Uhr), Telefon: 030 47057520

### Abgeordnetenbüros

» Dr. Manuela Schmidt (MdB), Telefon: 030 54980323, und Regina Kittler (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» Kristian Ronneburg (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15 - 19 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: [fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

### Hinten links:

#### Welthandel, E-Mobilität und Klima

In der September-Ausgabe wurde an dieser Stelle über die immensen Umweltbelastungen in Friedenszeiten durch das Militär, speziell das US-amerikanische, informiert.

Auf den Weltmeeren fahren etwa 330 Super-Riesen-Containerschiffe.

Nur 15 (fünfzehn) von diesen Giganten, ermittelten Wissenschaftler, produzieren so viel CO<sub>2</sub> wie alle 750 Millionen PKws dieser Welt zusammen!

Professor Wellnitz (TH Ingolstadt): „Bis eine Batterie für einen Tesla gebaut ist, kann man 8 Jahre lang mit einem Verbrennungsmotor fahren (bzw. 200.000 km), um die gleiche Umweltbelastung zu erzielen“.

Der Wasserstoff-Motor sei die eigentliche Zukunft der Automobilität.

„Diesel-Sünder“ VW bräuchte jährlich für seine E-Auto-Produktion ca. 130.000 Tonnen Kobalt - die Weltproduktion beträgt z. Z. 123.000 t. Die meisten Schürfrechte (auch in Afrika) liegen in chinesischen Händen.

#### Frage

Wie sinnvoll und umweltgerecht ist die E-Mobilität wirklich - was und wieviel verschweigen die Automobilindustrie und die Politiker?

R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr	
	Dienstag:	10 - 17 Uhr	Schließtage:
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr	6.2. und 7.2.
	Freitag	10 - 13 Uhr	

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 09.01.2020. Auslieferung ab 14.01.2020

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am 04.02.2020 (Anlieferung aus Druckerei).